

tatur-prokommunistische Linksdiktatur, wieder stimmt, weil es – im wesentlichen von den Vereinigten Staaten – machtpolitisch herbeigeführt worden ist.

Europäer mehr und mehr gefordert

In Lateinamerika wie in Europa findet die *interventionistische Politik* der USA wenig Verständnis. Die Völker Mittelamerikas haben die Amerikaner nicht gerufen, auch die unter dem Bürgerkrieg ausblutende Bevölkerung El Salvadors nicht. Möglicherweise zwingt die fehlende innere und äußere Unterstützung seiner Politik den amerikanischen Präsidenten zu einer *Kurskorrektur*; die Befürwortung von „Verhandlungen unter bestimmten Voraussetzungen“ in El Salvador könnte ein Anzeichen dafür sein. Der amerikanische Diplomat und Kuba-Experte, *Wayne Smith*, der seit seinem Rücktritt als Leiter der US-Vertretung in Havanna im Sommer vergangenen Jahres die Mittelamerika-Politik Präsident Reagans öffentlich kritisiert, warnte kürzlich die amerikanische Regierung vor dem Versuch, Nicaragua auch noch von *westeuropäischer Hilfe* zu isolieren. Statt dessen sollten die Amerikaner die bestehenden europäischen Kontakte für eine diplomatische Lösung des Konflikts nützen. Indessen forderte Unterstaatssekretär *Ikle* vom amerikanischen Verteidigungsministerium vor westeuropäischen Journalisten mehr Verständnis für die amerikanische Mittelamerika-Politik. Eine *vierte Front* an der Südgrenze der USA könne eine Umorientierung der Streitkräfte und damit eine Schwä-

chung der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft in Europa zur Folge haben. *Ikle* hofft, daß die Bundesrepublik nach dem Regierungswechsel in Bonn die Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten moralisch stärker stützen werde.

Bisher hat die Bundesregierung in dieser Frage Zurückhaltung geübt. Eine unkritische Ausweitung der Bündnistreue auf zentralamerikanisches Territorium wäre wohl ebenso falsch wie eine dezidiert antiamerikanische Mittelamerika-Politik. Bei der Beurteilung der politischen Lage in diesem Raum ist zu bedenken, daß die Existenz einer kommunistischen Herausforderung in Mittelamerika nicht nur den Expansionswillen der Sowjetunion beweist, sondern auch das Versagen der demokratischen Länder des Westens (siehe dazu auch Bernd Eisenblätter: „Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik“ in IIS-Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 29. 3. 83). Das angesichts der schwindenden Glaubwürdigkeit der USA in Lateinamerika entstehende *Vakuum* sollten, so meinen maßgebliche Politiker in Mexiko, Venezuela und anderen Ländern des Subkontinents, die westeuropäischen Länder zu füllen versuchen, bevor andere dies tun. Für die derzeitigen amerikanischen Aussichten in El Salvador trifft die Überzeugung der amerikanischen UN-Botschafterin *Kirkpatrick*, Geschütze könne man nicht mit einer Landreform besiegen, vermutlich zu. Aus europäischer Sicht muß diese amerikanische Binsenwahrheit nicht einleuchten.

Gabriele Burchardt

Koexistenz im Schatten einer autoritären Demokratie

Die Religionsgemeinschaften in Thailand

Die Tatsache, daß sich unter den von Johannes Paul II. im Februar 1983 ernannten Kardinälen Erzbischof *Michai Kitbunchu* von Bangkok befindet, ist in mehrfacher Hinsicht von Gewicht. Sie bedeutet zunächst einmal die Aufwertung einer zahlenmäßig kleinen katholischen Gemeinschaft, die sich nicht zuletzt dank des Engagements der neuen Generation einheimischer Oberhirten im Aufschwung befindet. Darüber hinaus hat die katholische Kirche Thailands aber auch in gewisser Hinsicht Modellcharakter – sie lebt im Schnittpunkt asiatischer Kulturen und in unmittelbarer Nachbarschaft zu kommunistischen Staaten in relativ guter Harmonie sowohl mit anderen Religionsgemeinschaften als auch mit dem Staat. Dieses auf gegenseitiger Toleranz und politischer Zurückhaltung der Kirche beruhende positive Verhältnis wurde erneut deutlich, als der stellvertretende Ministerpräsident General *Prachuab Suntharangkul* die Ernennung Kardinal Michais als eine große Ehre nicht nur für die Christen, sondern für alle Einwohner Thailands bezeichnete (vgl. UCA News, 9. 2. 83).

Die katholische Kirche

Die ersten katholischen Priester kamen 1511 im Gefolge einer portugiesischen Gesandtschaft nach Thailand, doch die eigentliche Mission setzte 1555 mit der Ankunft zweier Dominikaner ein. Bald gab es eine kleine katholische Gemeinde, die allerdings öfter Verfolgungen ausgesetzt war. Im 19. Jahrhundert stabilisierten sich die Verhältnisse, zumal das Königshaus die Arbeit der Kirche wohlwollend durch manche Schenkung unterstützte. So sind die Anfänge des thailändischen Schulwesens eng mit der Tätigkeit von Missionaren verknüpft; das erste in Thailand gedruckte Buch ist ein 1796 von einem Jesuiten herausgegebener Katechismus.

Heute zählt die katholische Kirche Thailands in zehn Diözesen annähernd 200 000 Gläubige, was bei fast 50 Millionen Einwohnern einem Anteil von 0,4% an der Gesamtbevölkerung entspricht. Den protestantischen Kirchen gehören dagegen nur etwa 50 000 Christen an (die weitaus bedeutendste ist die *Kirche Christi in Thai-*

land, hervorgegangen aus dem Zusammenschluß von 8 zumeist amerikanischen Missionskirchen). Unter den Thai-Völkern, mit 85% der Einwohner die staatstragende Schicht, gibt es jedoch nur ganz wenige Christen. Die weit überwiegende Zahl der Gläubigen gehört den nur teilweise integrierten nationalen Minderheiten an: Chinesen, Laoten, Vietnamesen, Bergstämme in den Randregionen des Landes. Zwei Drittel der Christen leben in den Zentralprovinzen, die übrigen Gemeinden liegen – oft weit verstreut – vorwiegend in Nord- und Nordostthailand. Letztere Gebiete, in denen meist noch ausländische Missionare tätig sind, weisen derzeit jedoch ein erheblich schnelleres Wachstum auf als etwa die Erzdiözese Bangkok. In diesen ländlichen Regionen herrscht die Tendenz zu kleineren christlichen Dorfgemeinschaften vor, während die Christen in den Städten oft inmitten einer stark buddhistisch geprägten Umwelt leben.

Der Klerus befindet sich seit Mitte der siebziger Jahre auf dem Wege einer verstärkten Indigenisierung, die auch den Wünschen des Staates entgegenkommt. Die Bischöfe und die 170 Weltpriester sind fast ausschließlich thailändischer Nationalität. Unter den rund 200 Ordenspriestern gab es 1982 dagegen erst etwa 30 Einheimische. Die überwältigende Mehrheit der 150 Ordensbrüder und 1300 Ordensschwester ist aber ebenfalls im Lande geboren. (Angaben nach: Echange France-Asie / L'Asie en chiffres 1982 – andere Quellen weisen teilweise etwas abweichende Zahlen auf.)

Beachtliche kulturelle Präsenz

Die *starke regionale und kulturelle Zersplitterung der Gemeinden* bereitet erhebliche seelsorgerliche Probleme, und zwar nicht zuletzt im personellen Bereich. Immerhin sind die Nachwuchssorgen, verglichen mit anderen asiatischen Ländern, angesichts einer Zahl von 220 Seminaristen geringer. Außerdem sind im kirchlichen Bereich etwa 800 meist unentgeltlich arbeitende Katechisten tätig. Eine der Hauptaufgaben der näheren Zukunft ist somit die weitere Stärkung der personellen und finanziellen Autonomie, für die gegenwärtig Pläne ausgearbeitet werden. Darüber hinaus wird auch die Arbeit christlicher Basisgemeinden nach Kräften gefördert (vgl. UCA News 5. 1. 83).

Ein wichtiges Aufgabenfeld der Kirche ist die *Bildungs- und Sozialarbeit*, deren hoher Wert von staatlicher Seite anerkannt und teilweise auch durch Zuschüsse unterstützt wird. Die Kirche betreibt 350 schulische Einrichtungen, darunter neben den kirchlichen Seminaren 140 Grund- und 100 Sekundarschulen, die wegen ihres guten Niveaus auch von vielen Nichtchristen besucht werden. Die kirchliche Sozialarbeit schließt im übrigen auch die Betreuung der Indochina-Flüchtlinge ein (in Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen).

Über die materiellen Probleme hinaus kommt der Frage der *Inkulturation* besondere Bedeutung zu. In verstärktem Maße werden einheimische Kulturformen akzeptiert, etwa beim Bau von Kirchen oder in der Kirchenmusik.

Kontrovers wird jedoch weiter diskutiert, inwiefern Formen des Buddhismus für die Glaubensintensivierung und -verbreitung genutzt werden können. Dies wurde erneut bei der Tagung der Föderation asiatischer Bischofskonferenzen im Oktober 1982 deutlich (vgl. HK, Dezember 1982, 622) die in der Nähe von Bangkok stattfand. Ein spezielles Gremium befaßte sich hier mit der Frage, ob junge Katholiken ähnlich der Praxis des thailändischen Buddhismus Klostererfahrungen sammeln dürfen bzw. sogar sollten. Bekanntlich müssen junge Männer in Thailand in der Regel einige Monate im Kloster verbracht haben, bevor sie als fähig angesehen werden, eine eigene Familie zu gründen. Kardinal Michai, der diesen Aspekt in der Diskussion betonte, konnte dabei auch auf positive Erfahrungen der thailändischen Kirche verweisen. So gründete man vor zehn Jahren in Anlehnung an buddhistische Vorbilder nördlich von Bangkok ein katholisches Kloster, das seither zahlreiche junge Katholiken für meist kürzere Zeit aufgenommen hat. Einige Priester nutzten zudem die Möglichkeit, selbst auf Zeit in buddhistischen Klöstern zu leben, um dort die Formen gelebter Religion zu studieren. Allerdings stehen gerade Christen aus gehobenen sozialen Schichten derartigen Versuchen eher ablehnend gegenüber, weil sie bei solchen Experimenten einen Verlust der Glaubensidentität fürchten (UCA News 3. 11. 82).

Gleichwohl beschloß die thailändische Bischofskonferenz, in Bangkok ein überregionales Zentrum für buddhistische Studien einzurichten. Dieses soll der Unterweisung von Priestern und Laien dienen, aber auch neue Möglichkeiten des Dialogs mit dem Buddhismus erarbeiten. Hierzu könnte gegebenenfalls eine Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet, z. B. in der Betreuung der Indochina-Flüchtlinge, gehören. Ein Fernziel ist, die bisher fast ausschließlich auf offizieller Ebene bestehenden Kontakte zum Buddhismus stärker auf die Basis auszudehnen und so der Isolation zu entgehen. Denn trotz aller gegenseitigen Toleranz leben Christen und Buddhisten weit eher nebeneinander als miteinander.

Ein buddhistisches Land

Der Buddhismus, zu dem sich – fast ausschließlich in der Form des Theravada-Buddhismus – 95% der thailändischen Bevölkerung bekennen, ist de facto die *thailändische Staatsreligion*. Dies zeigt auch die enge Verzahnung der religiösen Hierarchie mit der Staatsgewalt. An der Spitze der buddhistischen Ordensgemeinschaft steht ein „Patriarch“, den ein Ältestenrat von etwa 12 Würdenträgern beratend unterstützt. Die Inhaber dieser Ämter werden auf Vorschlag des Rates vom König berufen. Der Generalsekretär des Ältestenrates ist ex officio der Leiter der Behörde für religiöse Angelegenheiten, die in Verwaltungsbelangen als Aufsichtsbehörde für die etwa 25 000 Klöster und Tempelanlagen fungiert. Diese sind parallel zur politischen Verwaltung gegliedert (abgesehen von besonders privilegierten königlichen Klöstern), besitzen aber an der Basis eine gewisse innere Autonomie.

Die Mönchsgemeinschaft als die religiöse Vorhut der Gläubigen ist keineswegs eine geschlossene Gruppe – schon die Tatsache, daß viele Thai zeitweilig ins Kloster gehen, bewirkt eine starke Fluktuation unter den über 200 000 Mönchen. Zudem gewinnen Tendenzen an Boden, die den Buddhismus mehr den heutigen geistigen und sozialen Anforderungen der Gesellschaft anpassen möchten (eine Liberalisierung der Abtreibungsgesetze scheiterte z. B. am Widerstand weiter Kreise der Mönche). Seit Mitte der sechziger Jahre gibt es spezielle Programme zur geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sowie zur Mission unter den Bergstämmen, wodurch der Buddhismus im weitesten Sinne auch politisch integrierend wirkt. Allerdings lehnt die große Mehrheit der Mönche wie der Thai allgemein ein direktes politisches Engagement der Ordensgemeinschaft ab. Gleichwohl gibt es eine Minderheit von nationalistisch gesinnten Mönchen, die insbesondere Mitte der siebziger Jahre von sich reden machte. Ihre Anführer wurden jedoch mit sanftem Druck seitens des Staates wie der religiösen Hierarchie in ihre Schranken verwiesen, als sie etwa verkündeten, das Töten eines Kommunisten sei eine segensreiche Tat. Gelegentliche antichristliche Äußerungen aus diesen Kreisen sollten denn auch nicht überbewertet werden. Als kürzlich eine „Gruppe zum Schutz des Buddhismus“ den Vorwurf erhob, die katholische Kirche gebe die Lehre Buddhas in verzerrter Form wieder und beabsichtige, alle Buddhisten zum Katholizismus zu bekehren, enthielt sich die Kirche aus gutem Grund jeden Kommentars ... Die Verhaftung des Führers dieser Gruppe im April 1983 zeigte zudem, daß der Staat auch weiterhin keine intoleranten Verhaltensweisen duldet, die das gute religiöse Klima erheblich belasten könnten (UCA News 4. 5. 83).

Die islamische Minderheit

Die 1,75 Millionen meist sunnitischen Muslime Thailands bilden eine heterogene Gruppe. Die in den Zentralprovinzen lebenden Thai-Muslime haben sich ethnisch weitestgehend assimiliert. Daneben gibt es kleinere Gruppen indischer, chinesischer und kambodschanischer Muslime, letztere meist Opfer religiöser Verfolgungen in ihren Heimatländern. Die in Südthailand ansässigen Muslime, mit rund 80% die größte Gruppe der thailändischen Muslime, sind dagegen malayischer Abstammung. Sie gelangten erst im 19. Jahrhundert in den thailändischen Staatsverband, als dieser ihre Siedlungsgebiete eroberte.

In den dreißiger und vierziger Jahren versuchten die thailändischen Regierungen, diese Muslime zwangsweise zu assimilieren. Nachdem dies auf den erbitterten Widerstand der örtlichen Bevölkerung gestoßen war – die Südprominzen werden zu teilweise über 75% von Muslimen bewohnt –, gesteht man den islamischen Gläubigen mittlerweile eine gewisse kulturelle Eigenständigkeit zu. So wurde der *Bau des Islamischen Zentrums in Bangkok* mit Staatsmitteln gefördert, und in den Schulen der Südprominzen soll jetzt Islamkunde als Pflichtfach eingeführt

werden. Das diesbezügliche Unterrichtsmaterial wurde dabei in enger Zusammenarbeit mit islamischen Gelehrten erstellt.

Derartige Maßnahmen sollen nicht zuletzt den Sezessionsbestrebungen kleinerer, von etwa 10% der Bevölkerung unterstützten Gruppen muslimischer Aufständischer in Südthailand entgegenwirken. Diese fordern einen eigenen, gegebenenfalls an Malaysia oder Indonesien angelehnten Staat, doch scheint ihr Kampf immer weniger Aussicht auf Erfolg zu haben. Die südlichen Nachbarstaaten Thailands stehen diesen teils fundamentalistischen, teils kommunistisch infiltrierten Organisationen mit ihren insgesamt rund 1000 Soldaten ablehnend gegenüber, ja Malaysia ist Thailand bei der erfolgreichen Bekämpfung der Aufständischen behilflich, weil es die negativen Auswirkungen des Extremismus auf sein eigenes Staatsgebiet fürchtet. So sind die spektakulären Terroranschläge der jüngeren Vergangenheit, die von diesen z. T. von Libyen finanzierten Bewegungen verübt wurden, wohl eher ein Ausdruck der Schwäche und der Verzweiflung.

Die Eindämmung der kommunistischen Bewegung

Eine größere Gefahr als die muslimischen Separatisten stellt immer noch die *KP Thailands* dar, obgleich die Regierung in den letzten Monaten im Kampf gegen die kommunistischen Verbände in Süd-, Nord- und Nordostthailand außerordentliche Erfolge verzeichnen konnte. Die militärischen Offensiven und die seit drei Jahren geltende Amnestie-Regelung ließen die Zahl der Untergrundkämpfer von (1979) 12 000 auf möglicherweise unter 4000 sinken (Far Eastern Economic Review 17. 2. 83). Tausende haben in letzter Zeit die Waffen gegen die Zusicherung niedergelegt, unbehelligt in ein bürgerliches Leben zurückkehren zu können, darunter auch Mitglieder der Führung der KP.

Diese Welle von Überläufern ist allerdings auch auf die innere Zerrissenheit der KP zurückzuführen. Auf dem Parteikongreß im April 1982 konnte der pro-chinesische Flügel nur mit Mühe die Kontrolle über die Parteiführung behalten. Seine Vertreter, meist selbst chinesischer Herkunft, ziehen weiter den bewaffneten Kampf in Anlehnung an China vor. Dieser älteren Garde stehen sogenannte „Progressisten“ gegenüber, die einen nationalen thailändischen Kurs befürworten. Sie möchten die Partei aus dem chinesisch-vietnamesischen Konflikt heraushalten, wollen ihre Politik stärker auf spezifisch thailändische Probleme abstimmen und sehen den bewaffneten Kampf nicht als die einzige Möglichkeit an, ihre Forderungen durchzusetzen. Viele Überläufer dürften aus den Reihen dieser vorerst unterlegenen Fraktion stammen, insbesondere *ehemalige Teilnehmer der Studenten-Revolution von 1976* und Angehörige nationaler Minderheiten. Ob sie sich tatsächlich alle von der kommunistischen Ideologie losgesagt haben, bleibt abzuwarten – immerhin besteht die Möglichkeit, daß sie sich zu neuen

Organisationen zusammenschließen, etwa einer Stadt-Guerilla.

So erfolgreich Regierung und Militär in der Bekämpfung der Subversion als einer der Hauptgefahren für die 1978 eingeleitete Demokratisierung auch sind – der Liberalisierungsprozeß ist dennoch gefährdet. Die Uneinigkeit darüber, wie der wirtschaftlichen Rezession zu begegnen sei, hat zu erheblichen Spannungen innerhalb der Regierungskoalition geführt. Zwar konnte mittlerweile die Inflation auf 4% gedrückt werden, doch die Wirtschaft verzeichnete 1982 mit 4,4% zugleich die geringste Wachstumsrate seit zehn Jahren (Bangkok Post, 11. 1. 83). Dies ist insbesondere durch Exportschwierigkeiten und die hohe Abhängigkeit von Erdöl-Importen bedingt.

Mehr als die kommunistische Subversion könnte deshalb die wirtschaftliche Entwicklung die politische Stabilität des Landes untergraben – ein Gedanke, der vor allem die auf Wahrung ihres Einflusses bedachten Militärs beunruhigt. Versuche von Teilen der Armee, sich durch Verfassungsänderungen die bisher weitreichenden Mitspracherechte in der Politik zu erhalten, scheiterten allerdings im März 1983 unerwartet am heftigen Widerstand der Parteien. Die zukünftige Rolle des Militärs im politischen Kräftespiel bleibt somit vorerst offen – ein neuerlicher Putsch der Armee scheint nicht ganz ausgeschlossen, auch wenn derartige Absichten energisch dementiert werden. Die Zukunft der nun wieder völlig hergestellten thailändischen Demokratie wird erheblich davon abhängen, ob sich die führenden Parteien auf eine gemeinsame Politik verständigen können, nachdem keine von ihnen bei den Wahlen vom 18. 4. die absolute Mehrheit erhielt. Die Alternative zur bisherigen Regierungskoalition wäre ein Bündnis der rechtsgerichteten nationalistischen Gruppierungen, doch diese Lösung, die den Militärs entgegenkäme, dürfte nicht nur Premierminister Prem Tinsulanonda wenig behagen. Ob sich Thailand allerdings auf Dauer gegen die Interessen der Armee regieren ließe, bleibt abzuwarten.

Thailand zwischen den Großmächten

Die innenpolitische Zukunft Thailands ist weiterhin auch von der *Lage in Indochina* abhängig. Die Hegemonie Vietnams über Laos und Kambodscha wird in Bangkok unverändert als direkte Bedrohung empfunden, wenngleich Hanoi eine Reduzierung seiner in Kambodscha stationierten Truppen angekündigt hat. Thailand gewährt deshalb nach wie vor der Koalition der „Demokratischen Front Kampuchea“ politische Rückendeckung. Eine militärische Unterstützung lehnt es allerdings strikt ab, ja es versucht auch, die Geschäfte privater thailändischer Unternehmen mit den gegen Vietnam kämpfenden Verbänden nach Möglichkeit zu verhindern.

Unter dem Bestreben Thailands, um keinen Preis in den Konflikt unmittelbar hineingezogen zu werden, leiden nicht zuletzt die *Indochina-Flüchtlinge*. Mitte 1982 gab es nach UN-Verlautbarungen in Thailand noch 82 000 laotische, 57 500 kambodschanische und 7000 vietnamesische

Flüchtlinge, weitere 300 000 Kambodschaner lebten in grenznahen Lagern auf kambodschanischem Gebiet, und der Flüchtlingszustrom betrug in ersten Halbjahr 1982 8 300 Menschen (Asian Wall Street Journal 19. 7. 82). Thailand betrachtet sich weiterhin nur als Durchgangsland, und da die Flüchtlinge kaum noch in andere Länder vermittelt werden können, versucht man, sie verstärkt zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen – durch Lockangebote oder durch Druck, indem man sie in immer weniger Lagern unter ghetto-ähnlichen Bedingungen interniert. Bangkok ist der Meinung, es habe genug Opfer gebracht, zumal auch etwa 80 000 Thai infolge der Kriegsauswirkungen heimatlos wurden.

Eine Lösung des Problems sieht Thailand allein auf der Basis der Entschließung der Kambodscha-Konferenz: Neutralisierung Kambodschas nach einem Rückzug aller fremden Truppen sowie Wahlen unter Aufsicht der Vereinten Nationen. Direkte Verhandlungen mit Vietnam lehnt es als wenig sinnvoll ab. Als Gegengewicht zur vietnamesischen Bedrohung hat es zudem seine *Kontakte zu China* intensiviert, das seinerseits Entgegenkommen zeigt. Peking scheint bereit, die Unterstützung für die thailändische KP weiter zu verringern und auch die Roten Khmer nicht mehr zu offensichtlich gegenüber ihren Partnern in der Sihanouk-Koalition zu bevorzugen. Entsprechend wurde bei einem Besuch Prens in Peking im November 1982 vereinbart, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu vertiefen.

Um jedoch nicht zu sehr auf die chinesische Hilfe angewiesen zu sein, bemüht sich Bangkok auch, das Verhältnis zu Moskau zu entspannen. Die vielleicht zu hoch gespannten Erwartungen wurden allerdings gedämpft, als der sowjetische Vize-Außenminister *Kapica* bei einem Besuch in Bangkok im Februar 1983 ein eher vages Versprechen abgab, Moskau wolle mäßigend auf Hanoi einwirken. Allzusehr mag sich Bangkok aber auf solche Zusicherungen nicht verlassen, und die neuerliche Offensive Vietnams in Kambodscha, die zu blutigen Grenzzwischenfällen mit Thailand führte, scheint ihm hierin recht zu geben. So nimmt es auch die Unterstützung durch die USA bereitwillig an – 1982 erreichte die amerikanische Militärhilfe mit 75 Millionen Dollar ihren höchsten Stand seit 1973.

Thailand hat in den letzten Jahren zweifellos *an innen- wie außenpolitischer Stabilität gewonnen*. Es verdankt dies vor allem der Konsensfähigkeit aller Beteiligten – dem Wohlwollen des Militärs gegenüber dem Demokratisierungsprozeß, der flexiblen Haltung in der Bekämpfung der kommunistischen Subversion, der Einsicht der politischen Parteien in die Notwendigkeit von Kompromissen. Es ist zu hoffen, daß diese auch für das religiöse Zusammenleben wichtigen Rahmenbedingungen weiter erhalten bleiben. Die katholische Kirche kann hierzu selbst als zahlenmäßig kleine Gemeinschaft einen bedeutenden Beitrag leisten – durch die Förderung des Dialogs, die Offenheit gegenüber den vielfältigen kulturellen Traditionen des Landes und damit auch die stärkere Verwurzelung im Leben der Gläubigen.

Peter Drews